

Antrag

Hannover, den 23.06.2020

Fraktion der SPD
Fraktion der CDU**Forschung in Niedersachsen stärken - Lehren aus der COVID-19-Pandemie ziehen und handeln**

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die weltweite Corona-Pandemie stellt Niedersachsen vor erhebliche Herausforderungen. Die Auswirkungen auf das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben sind vielfältig und in ihrer Dauer nicht kalkulierbar. Solange die erfolgreiche medikamentöse Behandlung oder eine flächendeckende Impfung gegen das COVID-19-Virus nicht möglich sind, müssen wir die gemeinsamen Anstrengungen der Eindämmung fortsetzen werden. Die Entwicklung und Produktion eines Impfstoffes sowie dessen flächendeckende Anwendung dauern in der Regel Jahre. Durch eine verbesserte Abstimmung der einzelnen Verfahrensschritte und den parallelen Aufbau notwendiger Strukturen können diese Prozesse deutlich verkürzt werden. Mit Blick auf das exponentielle Wachstum der Infektionen wird deutlich, dass Diagnostik, Prognosefähigkeit und Krisenplanung besser auf kurzfristigen und tiefgreifenden Handlungsbedarf vorbereitet werden müssen. Je früher klar ist, welche Schritte eingeleitet werden müssen, um grundsätzlich einer Ausbreitung eines lebensbedrohlichen Virus zu begegnen, desto besser können negative Auswirkungen auf das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben verhindert oder minimiert werden. Dies gilt besonders für Erkenntnisse zu neuen und unzureichend erforschten Virustypen, um zeitnah effektive Wirkstoffe zur Behandlung/Impfung herstellen zu können.

Der Landtag begrüÙt,

- dass aus Mitteln des Nachtragshaushaltes 16 niedersächsische Forschungsprojekte im Volumen von 16,2 Millionen Euro gefördert werden,
- dass bereits erste Schritte unternommen wurden, um die Infektionsforschung in Niedersachsen stärker zu vernetzen,
- die Anpassungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes auf Bundesebene, um Angehörigen des akademischen Mittelbaus bei der Bewältigung pandemiebedingter Verzögerungen beispielsweise bei Promotions- und Habilitationsvorhaben zu unterstützen,
- Überlegungen auf Bundesebene, eine Nationale Anti-Virus-Allianz zu gründen, um Pandemien künftig strukturierter und zügiger entgegenzutreten zu können.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. die Forschungsaktivitäten niedersächsischer Hochschulen und Forschungseinrichtungen (u. a. zur Entwicklung eines Impfstoffes, von Medikamenten und Herstellung von Antikörpern) zu unterstützen und die Förderung bedarfsgerecht auszubauen,
2. die interdisziplinären Ansätze in der Gesundheits- und Infektionsforschung weiter auszubauen,
3. zu prüfen, wie im Rahmen der Pandemieprävention die Entwicklung und Bereitstellung kostengünstiger und verlässlicher Schnelltests unterstützt werden kann, um bereits in der ersten Verbreitungsphase das Infektionsrisiko signifikant zu mindern,
4. im Zuge des Ausbaus der Pandemieprävention auf Bundes- und Landesebene eine frühzeitige und umfangreiche Einbindung der Wissenschaft zu gewährleisten,

5. zu prüfen, wie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die kurzfristig von ihren Forschungsprojekten zugunsten der Pandemie- bzw. Infektionsforschung entbunden wurden, unterstützt werden können,
6. zu prüfen, wie niedersächsische Institutionen der Gesundheits- und Infektionsforschung sowie Unternehmen der Gesundheitswirtschaft in einem Infektionsnetzwerk Niedersachsen miteinander verbunden und in geeigneter Form gefördert werden können, um die Arbeit der geplanten Nationalen Anti-Virus-Allianz gewinnbringend zu unterstützen.

Begründung

Niedersachsen verfügt über eine herausragende Forschungslandschaft auf international hohem Niveau. Seit Beginn der Pandemie arbeiten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der Herstellung von Impfstoffen und Therapeutika gegen den COVID-19-Virus. So wird u. a. auf dem Science Campus in Braunschweig in Zusammenarbeit mit der Firma YUMAB GmbH, der Technischen Universität Braunschweig und dem Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung ein sehr vielversprechender Ansatz in der Erforschung der Antikörpertherapie verfolgt. Am Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung, an der Medizinischen Hochschule Hannover, am Deutschen Primatenzentrum Göttingen und weiteren Forschungseinrichtungen werden zahlreiche Forschungsvorhaben u. a. in den Bereichen Genetik, Impfstoffe und Wirkstoffscreening vorangetrieben. 16 Projekte - je zur Hälfte mit Projektlaufzeiten von 12 bzw. 24 Monaten - werden kurzfristig durch Landesmittel aus dem 1. Nachtragshaushalt 2020 in Höhe von 16,2 Millionen Euro gefördert.

Am 11. Mai 2020 hat das Corona-Kabinett der Bundesregierung ein Sonderprogramm zur Impfstoffforschung und -produktion im Volumen von 750 Millionen Euro gestartet. Dies ergänzt einen Förderaufruf im Volumen von 15 Millionen Euro, der auf die Entwicklung von Medikamenten gegen COVID-19 ausgerichtet ist. Niedersächsische Forschungseinrichtungen und Unternehmen sollten dabei unterstützt werden, Mittel des Sonderprogramms zu sichern. Gleichzeitig hat der Bund die Mittel für die internationale Impfstoff-Initiative CEPI um 230 Millionen Euro erhöht.

Zu Beginn der Pandemie wurden Laborteams mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammengestellt, die ihre ursprünglichen Forschungstätigkeiten eingestellt haben, um sich an der Gesundheits- und Infektionsforschung zu beteiligen. Mit dem am 7. Mai 2020 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Wissenschafts- und Studierendenunterstützungsgesetz wurde den pandemiebedingten Auswirkungen auf Promotions- und Habilitationsvorhaben Rechnung getragen.

Der Verlauf der Corona-Pandemie und die sich im Zuge der notwendigen Einschränkungen offenbarenden Forschungsfragen haben deutlich gemacht, welche Potenziale die interdisziplinäre Zusammenarbeit birgt. So können in Zusammenarbeit von Lebens- und Ingenieurwissenschaften technische Innovationen zügig umgesetzt und kostengünstige wie ressourcenschonende Produktionsverfahren entwickelt werden. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz, die Erforschung (arbeits-)psychologischer und kulturwissenschaftlicher Auswirkungen auf das berufliche und gesellschaftliche Leben können ebenfalls wichtige neue Erkenntnisse erbringen, die für eine erfolgreiche Pandemieprävention sowie -bekämpfung von großer Bedeutung sind.

Die bisher gemachten Erfahrungen zeigen auf, dass in Pandemielagen vermeidbare Verzögerungen zu schwerwiegenden Auswirkungen auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Miteinander führen. Es ist nicht auszuschließen, dass Pandemien angesichts der weltweiten Vernetzung, Antibiotikaresistenzen und einer wachsenden Impfmüdigkeit künftig häufiger vorkommen und zu erheblichen europa- oder gar weltweiten Einschränkungen führen werden. Es ist daher erforderlich, die Krisenpläne zur Pandemieprävention und -bekämpfung auf Landes- und Bundesebene wie auch in den europäischen und internationalen Institutionen gründlich zu überarbeiten. Hierzu zählen eine

frühzeitigere und systematische Einbindung und Vernetzung von Forschenden, die Bereitstellung einer hinreichenden Infrastruktur für Geräte und Verbrauchsgüter für die Durchführung der Forschung (Reagenzien, Schutzkleidung, Rohstoffe) sowie der Aufbau und die Unterstützung schlagkräftiger Netzwerke im Bereich der Infektionsforschung.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels

Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion c

Jens Nacke

Parlamentarischer Geschäftsführer